

# Eine unvorhergesehene Revolte

Proteste in Brasilien

Benedikt Behrens

*Süd- und Mittelamerika, Brasilien, soziale Bewegungen*

Brasilien ist sowohl politisch als auch wirtschaftlich ein aufstrebendes Land. Seit Jahren regiert in Brasília eine linke Regierung. Trotz Fortschritten im sozialen Bereich gibt es zahlreiche Reformbaustellen. Die gesellschaftliche Spaltung ist tief. Darüber kann auch die anstehende Fußball-WM nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil! Die Brasilianer machten sich unerwartet Luft. Welche Konsequenzen wird Präsidentin Rousseff daraus ziehen und was bedeutet dies für die anderen Linksrégierungen in Südamerika?

Versetzten die Proteste gegen die konservative Erdoğan-Regierung in der Türkei die Weltöffentlichkeit im Frühsommer 2013 schon in einiges Erstaunen, so kam die Rebellion auf den Straßen des wirtschaftlich ähnlich erfolgreichen Aufsteigerlandes Brasilien für praktisch alle politischen Beobachter gänzlich unerwartet. Es wurde weithin angenommen, die Brasilianer und Brasilianerinnen hätten wenig Grund zu massivem Protest, anders als die Bürger in den Regionen, die seit dem Arabischen Frühling von sozialen und politischen Unruhen erschüttert werden. Auch ließ das politische Barometer bis unmittelbar vor den Demonstrationen in den brasilianischen Großstädten im Juni noch keine Warnzeichen für die Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff und der von ihr geführten Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) erkennen; noch Ende Mai beurteilten 57 Prozent der Befragten ihre Amtsführung durchweg positiv.<sup>1</sup> Man sonnte sich in der weltweiten Reputation, die auf den wirtschaftlichen und politischen Bedeutungszuwachs des Landes zurückzuführen ist, der mit dem Antritt der Mitte-links-Regierung unter Luiz Inácio „Lula“ da Silva vor gut zehn Jahren begann. Dieses gesteigerte Ansehen Brasiliens schien mit der Vergabe der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 an das Land



Dr. Benedikt Behrens,  
geb. 1956,  
freier Historiker.

ben.behrens@freenet.de

1 Vgl. Dilger, Gerhard: Kein Wunder in Brasilien. In: Le Monde diplomatique, Juli 2013.

seinen aktuellen Höhepunkt zu erreichen. Doch gerade die Vorbereitung dieser prestigeträchtigen internationalen Sportveranstaltungen bzw. der damit verbundene immense Aufwand bildete den Rahmen für den Massenprotest. Bei der Eröffnung des Confederations Cup, der „Generalprobe“ zur Fußball-WM, Mitte Juni in der Hauptstadt Brasília wurde nicht nur der unbeliebte FIFA-Präsident Blatter mit einem lauten Pfeifkonzert bedacht, sondern auch die anwesende Staatspräsidentin. Die Protestierenden hatten sich eine Bühne ausgesucht, auf der ihr Widerspruch medienwirksam eine schnelle und weite Aufmerksamkeit fand. Die sich im Juni landesweit ausbreitende Protestbewegung war kurz vor Beginn des internationalen Fußballturniers von einer bis dahin eher unbedeutenden Gruppe namens „Freifahrtschein“ (Movimento Passe Livre, MPL) angestoßen worden. Die seit 2005 für den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr kämpfende MPL hatte vor allem in São Paulo mit kleineren Demonstrationen, die sich gegen die jüngsten Fahrpreiserhöhungen richteten,<sup>2</sup> die Massenproteste angestoßen. Eine dieser Aktionen, bei der auch ein Bus in Flammen aufging, wurde von der Polizei am 13. Juni brutal niedergeschlagen, es gab etliche Verletzte unter den Demonstranten und auch den Journalisten. Dieses in der breiten Öffentlichkeit negativ wahrgenommene repressive Vorgehen der Ordnungskräfte war die Initialzündung für eine Protestbewegung, die es in diesem Ausmaß seit dem Ende der Militärdiktatur Mitte der 1980er Jahre nicht mehr gegeben hatte. Sie beschränkte ihre Forderungen nun nicht mehr auf das Problem der übersteuerten Preise im öffentlichen Nahverkehr, sondern richtete sich gegen soziale und politische Missstände, die auch die gemäßigt linken Koalitionsregierungen unter Lula und jetzt seiner Nachfolgerin bisher nicht beheben konnten oder erst gar nicht angegangen sind. Ungeachtet der unbestrittenen Erfolge dieser Regierungen bei der gezielten Armutsbekämpfung – wie etwa die materielle Unterstützung von armen Familien, die überdurchschnittliche Anhebung der Mindestlöhne, die Erreichung einer Einschulungsquote von beinahe 100 Prozent und die Durchführung von sozialen Wohnungsbauprogrammen –, konnten in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie der höheren Schulbildung sowie dem Gesundheitswesen keine entscheidenden



**Weiterlesen:**  
 Brasilien –  
 Land der Gegensätze  
*WeltTrends 85*

2 Die Fahrpreise zählen gemessen an der Kaufkraft zu den höchsten der Welt.

Verbesserungen erzielt werden, welche die dort vorherrschenden tiefen sozialen Spaltungen überwunden hätten.<sup>3</sup> Diese Versäumnisse erklären sich teilweise aus dem überkommenen politischen System des Landes, das die linke PT dazu zwang, sich aus taktischem Kalkül parlamentarisch mit Parteien zu verbünden, die politisch anders ausgerichtet, aber unerlässlich für die Mehrheitsbildung zugunsten des von der PT gestellten Staatsoberhauptes waren. 2005 wurde diese parlamentarische Mehrheit für Lula sogar durch Bestechung sichergestellt, was in der von Korruption geplagten politischen Szene Brasiliens zwar nichts Ungewöhnliches war, der PT jedoch über Jahre hinweg große Legitimitätsprobleme bescherte.

### Andauernde soziale Spaltung

Die jüngsten Massenproteste gehen daher nicht nur auf soziale Unzufriedenheit zurück, sondern auch auf politische Missstände, die insbesondere von der Jugend der Mittelschichten nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden. Die politische Elite Brasiliens, die man fast noch als Kaste bezeichnen kann, genießt vor dem Hintergrund einer extrem ungleichen Gesellschaft geradezu obszöne materielle Privilegien.<sup>4</sup> Diese werden im Zuge einer rasant fortschreitenden gesellschaftlichen Modernisierung, welche den traditionellen Klientelismus tendenziell weiter zurückdrängt, von immer mehr Menschen als unerträglich empfunden. Angesichts der Unfähigkeit der von der PT geführten Regierungen, eine fundamentale Reform des politischen Systems durchzusetzen und der Korruption ernsthaft den Kampf anzusagen, wuchs auch die Empörung über die weitgehend aus Steuergeldern finanzierte Vorbereitung und Durchführung der Fußball-WM im nächsten Jahr, die etwa zehn Milliarden Euro verschlingen



Weiterlesen:  
J. Wahl,  
Brasilien im 21. Jahrhundert  
WeltTrends 85

- 3 Für eine Bilanz der zwei Regierungsperioden unter Lula siehe Behrens, Benedikt: Brasilien: Was wird aus Lulas Erbe? In: Sozialismus 12/2010, S. 51-55.
- 4 Vgl. dazu den Kommentar von Nepomuceno, Eric: ¿Es que no entienden nada, no oyen nada, no se enteran de nada? In: La Jornada, 11.07.2013. Dort schildert er Fälle von hochrangigen Politikern der Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB; größter Koalitionspartner der PT), die Flugzeuge der Luftwaffe für Privatreisen mit Familienangehörigen, darunter der Besuch einer Partie des Confederations Cup, benutzten. Der Gouverneur des Bundesstaats Rio de Janeiro ließ sich sogar auf Staatskosten täglich vom Gouverneurspalast zu seiner nur neun Kilometer entfernten Privatwohnung per Hubschrauber fliegen und nutzte samt Familie dieses teure Luftverkehrsmittel jedes Wochenende für den Besuch eines Luxusbadeortes.



Steine des Anstoßes: Stadionbau in Brasilien

wird. Viele der ausgesprochen fußballbegeisterten Brasilianer betrachten das sportliche Großereignis nicht mehr als *ihr* Fest, sondern ausschließlich als eines der sozialen Eliten, zumal an einigen WM-Austragungsorten ganze Favelas (Armenviertel) abgerissen und deren Bewohner teilweise an die Stadtränder umgesiedelt wurden.<sup>5</sup>

Präsidentin Rousseff trug durch ihr Schweigen während der ersten Tage des Protestes, den sie in seiner Massenwirkung unterschätzt hatte, selbst indirekt dazu bei, dass dieser sich ausweitete. Er erreichte am 20. Juni seinen Höhepunkt, als in nahezu hundert Städten Brasiliens weit über eine Million Menschen demonstrierten und neben dem Stein des Anstoßes, den Fahrpreisen im Nahverkehr, eine breite Palette von sozialen sowie politischen Missständen anprangerten. Bei einigen Protesten wurden mitdemonstrierende PT-Mitglieder angegriffen, möglicherweise von rechten Gruppen. Wiederholt kam es auch zu gewaltsamen Zusammenstößen von Demonstranten mit den Sicherheitskräften. Die überwiegend der Opposition zugeneigten Medien nutzten die Chance, die Regierung für

5 Selbst der ehemalige Fußballstar und heutige Abgeordnete Romário kritisierte die exorbitanten Kosten für das neue Stadion in Brasília (500 Millionen Euro) und verwies darauf, dass mit dieser Summe 150.000 einfache Sozialwohnungen hätten gebaut werden können. Vgl. Dilger, a. a. O.

die politische Krise verantwortlich zu machen, nachdem sie die Proteste anfänglich als das Werk kleinerer Gruppen von Chaoten abqualifiziert hatten.

Die Fahrpreiserhöhungen waren zwar schon einen Tag vor den Massenprotesten in einem Dutzend Großstädten zurückgenommen worden. Doch der weit darüber hinausgehenden Unzufriedenheit war damit nicht begegnet. Rousseff, deren Umfragewerte auf ein Rekordtief von 30 Prozent gefallen waren, wandte sich schließlich am 21. Juni mit einer zehnminütigen Fernsehansprache an die Bevölkerung und bekundete, „die demokratischen Stimmen, die Wandel verlangen“, vernommen zu haben. Bei gleichzeitiger Verurteilung der Gewalt bei den Massenprotesten erkannte sie die Berechtigung der Forderungen der „Straße“ nach Verbesserungen in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Sicherheit und öffentlichem Nahverkehr ausdrücklich an. Dabei gab sie zu, dass bei allem, was bereits erreicht worden sei, immer noch vieles zu tun bleibe, was durch „wirtschaftliche und politische Beschränkungen“ bisher nicht verwirklicht werden konnte. Um voranzukommen, müsse man den Elan der derzeitigen Bewegung nutzen, auch wenn es nicht einfach sei, die geforderten Ziele zu erreichen. Die Anführer der ziemlich diffusen Protestbewegung lud sie zu persönlichen Gesprächen ein und kündigte Treffen mit Vertretern der Kommunen sowie der einzelnen Bundesstaatsregierungen an. Drei Tage später fand ein Gespräch der Präsidentin mit Vertretern der MPL statt. Am selben Tag verkündete sie, als wenn sie tatsächlich den Schwung der Massenbewegung im Rücken spürte, auf einem Treffen mit den Gouverneuren der Bundesstaaten und den Bürgermeistern der jeweiligen Hauptstädte ihre Absicht, dem Kongress vorzuschlagen, zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung aufzurufen, um grundlegende Reformen des politischen Systems zu beschließen. Des Weiteren wolle sie die Strafen für Korruptionsdelikte verschärfen. Bezüglich der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung sah sich Rousseff aufgrund massiver Proteste seitens der Oppositionsparteien und teilweise sogar der Regierungskoalition sowie den Medien bereits einen Tag später gezwungen, „zurückzurudern“ und sich auf einzelne Änderungen des Wahlrechts sowie der Rechte der Abgeordneten zu beschränken, die dann von der Bevölkerung in einem Volksentscheid bis Oktober dieses Jahres zu bestätigen wären. Selbst diese vorsichtiger Variante ist jedoch in der

Koalition umstritten, weil der größte Partner, die bürgerliche Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB), sich noch gegen die Reformen sträubt. Anfang August befanden sich die Änderungsvorschläge der Regierung noch zur Beratung in den Parlamentsausschüssen. Allerdings beschloss der Kongress die von Rousseff angekündigte Strafverschärfung bei Korruptionsdelikten sowie die zukünftige Verwendung von Einnahmen aus Konzessionsgebühren für die Erdölförderung zugunsten des Gesundheits- und Erziehungssektors.

### Linke Schicksalswahl 2014?

Nach Beendigung des Confederations Cup rief die (nicht organisierte) Protestbewegung einen „Waffenstillstand“ mit der Regierung aus und stellte ihre Massendemonstrationen ein. Dilma Rousseff hat bis zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2014 das Problem, wieder aus dem Umfragetief herauszukommen und die Kontinuität des gesellschaftlichen Reformprojekts der brasilianischen Linken sicherzustellen. Es wird für Rousseff dringend erforderlich sein, den von ihr selbst erkannten „Elan der Straße“ aufzugreifen, um enttäuschte Wähler wieder an sich zu binden. Zumindest indirekt steht bei den brasilianischen Wahlen im nächsten Jahr auch das Schicksal der regierenden Linken in ganz Südamerika auf dem Spiel, die von einer Niederlage in Brasilien nicht unberührt bleiben würde. 🌐

**Welt Trends**  
Zeitschrift für internationale Politik

*Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 61!*

**Widerstand und Wandel**

A. Gilly: Gesetzloser Planet  
Brasilien – Landbesetzungen  
Venezuela – Basisbewegungen  
Argentinien – Protest + Medien

Widerstand und Alternative  
Ex-Comandante M. Baltodano

EU-Russlandpolitik  
Belarus – Wandel möglich?

**Jetzt unsere  
Abo-Vorteile nutzen!**  
6 Ausgaben  
jährlich für 40,- €  
oder 25,- €!



**Welt Trends**  
Zeitschrift für internationale Politik

*Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 85!*

**Brasilien –  
Land der Gegensätze**

Musterdemokratie?  
Linke Sozialpolitik  
Post-Neoliberalismus  
Macht der Landlosen

Außenpolitik in  
Rot-Rot-Grün

Auf Peróns Spuren  
Krise in Spanien

**20  
Jahre  
WELTTRENDS**





# Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

## Themenhefte

- 91 | Kriminelle Welt
- 90 | Türkei offensiv
- 89 | Russland und Wir
- 88 | China und die Welt
- 87 | Weltunordnung 21
- 86 | Neue Weltordnung 2.0
- 85 | Brasilien – Land der Gegensätze
- 84 | Ernährung garantiert?
- 83 | Arabische Brüche
- 82 | Autoritarismus Global
- 81 | Atomare Abrüstung
- 80 | Japan in der Katastrophe
- 79 | Rohstoffpoker
- 78 | Polen regiert Europa
- 77 | Vom Fremden zum Bürger
- 76 | Herausforderung Eurasien
- 75 | Exit Afghanistan
- 74 | Vergessene Konflikte
- 73 | Klimapolitik nach Kopenhagen
- 72 | Südafrika und die Fußball-WM
- 71 | Selektive Grenzen
- 70 | Brodelnder Iran
- 69 | Europäische Brüche
- 68 | NATO in der Sinnkrise
- 67 | Außenpolitik in Schwarz-Rot
- 66 | Energiesicherheit Deutschlands
- 65 | Naher Osten – Ferner Frieden
- 64 | Konfliktherd Kaukasus
- 63 | Geopolitik Ost
- 62 | Zerrissene Türkei
- 61 | Soziale Bewegungen in Lateinamerika
- 60 | Russische Moderne
- 59 | EU-Außenpolitik nach Lissabon
- 58 | Regionalmacht Iran
- 57 | Ressource Wasser
- 56 | Militärmacht Deutschland?
- 55 | G8 Alternativ
- 54 | Identität Europa
- 53 | Rotes China Global
- 52 | Deutsche Ostpolitik
- 51 | Geheime Dienste
- 50 | Kerniges Europa
- 49 | Militär in Lateinamerika
- 48 | Internet Macht Politik
- 47 | Europäische Arbeitspolitik
- 46 | Globale Finanzmärkte
- 45 | Von Dynastien und Demokratien
- 44 | Modernisierung und Islam
- 43 | Großmächtiges Deutschland
- 42 | Europäische Außenpolitik
- 41 | Transatlantische Perspektiven II
- 40 | Transatlantische Perspektiven I
- 39 | Wohlfahrt und Demokratie
- 38 | Politisierung von Ethnizität
- 37 | Vergelten, vergeben oder vergessen?
- 36 | Gender und IB
- 35 | Krieg im 21. Jahrhundert
- 34 | EU-Osterweiterung im Endspurt?
- 33 | Entwicklungspolitik
- 32 | Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden?
- 31 | Recht in der Transformation
- 30 | Fundamentalismus
- 28 | Deutsche Eliten und Außenpolitik
- 27 | 10 Jahre Transformation in Polen
- 26 | (Ab-)Rüstung 2000
- 24 | Wohlfahrtsstaaten im Vergleich
- 21 | Neue deutsche Außenpolitik?
- 20 | Demokratie in China?
- 19 | Deutsche und Tschechen
- 18 | Technokratie
- 17 | Die Stadt als Raum und Akteur
- 16 | Naher Osten – Region im Wandel?
- 14 | Afrika – Jenseits des Staates
- 12 | Globaler Kulturkampf?
- 11 | Europa der Regionen
- 8 | Reform der UNO
- 7 | Integration im Pazifik
- 6 | Zerfall von Imperien
- 5 | Migration
- 3 | Realer Post-Sozialismus
- 2 | Chaos Europa
- 1 | Neue Weltordnung